Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1954)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanzdirektion des Kantons Bern

Autor: Siegenthaler, W. / Moeckli, G. / Giovanoli, F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417501

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VERWALTUNGSBERICHT

DER

FINANZDIREKTION DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1954

Direktor: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Stellvertreter: Regierungsrat **G. Moeckli,** bis 31. Mai 1954
Regierungsrat Dr. **F. Giovanoli,** ab 1. Juni 1954

A. Allgemeines

I.

Infolge seines Rücktrittes aus der Regierung auf 31. Mai 1954 war Regierungsrat Georges Moeckli als Stellvertreter des Finanzdirektors zu ersetzen. Als sein Nachfolger in dieser Funktion für die Verwaltungsperiode 1954–1958 wurde durch Regierungsratsbeschluss vom 9. Juli 1954 Regierungsrat Dr. Fritz Giovanoli bestimmt.

II.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1954 schloss bei Fr. 5 829 034.60 Schuldentilgungen und Fr. 17 580 547.15 Abschreibungen mit einem Reinertrag von Franken 122 045.12 ab.

Im Voranschlag war ein Reinaufwand von Franken 3 418 764 vorgesehen. Das Rechnungsergebnis zeigt somit eine Verbesserung von Fr. 3 540 809.12 gegenüber dem Voranschlag.

Das reine Staatsvermögen vermehrte sich von Fr. 50 402 467.09 auf Fr. 50 524 512.21.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei Aufschluss.

III.

Im Verwaltungsbericht des Vorjahres haben wir das Ergebnis der auf 10. Dezember 1953 abgeschlossenen Rechnung der Gedenkfeiern des 600. Jahrestages des Eintritts von Bern in den Ewigen Bund der Eidgenossen bekanntgegeben. Im Vergleich zum Voranschlag, der einen Ausgabenüberschuss von Fr. 44 000 vorsah, schloss die Rechnung um Fr. 56 931.95 besser ab, was zur Folge hatte, dass der vom Grossen Rat bewilligte Kredit für einen Staatsbeitrag von Fr. 500 000 zum Ausgleich der Rechnung bloss mit Fr. 487 068.05 beansprucht werden musste. Wir haben damals bereits angedeutet, dass eine weitere Rechnungsverbesserung aus der Vorführung des offiziellen Jubiläumsfilms und aus Materialverkäufen zu erwarten sei. Die Nachtragsrechnung verzeigt auf Ende des Berichtsjahres bei Reineinnahmen von Fr. 15 167.20 und Reinausgaben von Fr. 5984.50 eine Verbesserung des Rechnungsergebnisses der Jubiläumsfeiern um Franken 9182.70. Die noch zu erwartenden weiteren Einnahmen aus Filmvorführungen und einem restlichen Liquidationsverkauf sind unbedeutend. Die Jubiläumsrechnung kann praktisch als definitiv abgeschlossen gelten.

IV.

Im Finanzwesen weist das Berichtsjahr folgende wichtigere Erlasse auf:

a) Dekret vom 25. Februar 1954 über den kantonalen Finanzausgleichsfonds.
b) Dekret vom 1. März 1954 über die Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung.
c) Dekret vom 1. März 1954 über die Anpassung der Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung an das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie über die Teuerungszulagen der Rentenbezüger.

d) Dekret vom 1. März 1954 über die Gewährung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal und von zusätzlichen Teuerungszulagen an die Lehrerschaft der Primar- und Mittelschulen sowie an die Rentenbezüger der Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung und der Lehrerversicherungskasse für das Jahr 1954.

e) Dekret vom 9. November 1954 über das Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung (Dienstordnung).

f) Dekret vom 10. November 1954 über die Gewährung eines Schulgeldbeitrages an Beamte der bernischen Staatsverwaltung, deren Kinder die französische Privatschule Bern besuchen.

g) Verordnung vom 30. April 1954 über Ferien, Urlaub und dienstfreie Tage des Staatspersonals.

h) Verordnung vom 18. Juni 1954 über den kantonalen Finanzausgleichsfonds.

V.

Noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate:

1. Motion Schneiter betreffend Revision des kantonalen Stempelgesetzes.
2. *a)* Postulat Wälti betreffend authentische Interpretation von Art. 87, Abs. 1, des Steuergesetzes.
   b) Postulat Nobel betreffend Steuerabzug für Verwitwete ohne Kinder.
   c) Postulat Rupp betreffend Steuerteilung in Fällen von Saisonaufenthalt.
   d) Postulat Haller betreffend Steuererleichterung für Kleinrentner.
   e) Postulat Berger betreffend Verlängerung der 10jährigen Frist für die amtliche Bewertung der Wälder.
   f) Postulat Droz betreffend Ausgleich in der Steuerbelastung bei Unternehmungen.
   g) Postulat von Greyerz betreffend Steuergesetzrevision.
   h) Postulat Michel (Meiringen) betreffend Steuergesetzrevision.
   i) Postulat Vallat betreffend Steuergesetzrevision.
3. Postulat Jaggi betreffend Erlass eines Gesetzes für Invalidenbeihilfe oder -renten.
4. *a)* Postulat Landry betreffend Einreihung der Amtsbezirke in Bezirksklassen.
   b) Postulat Tschanz betreffend Einreihung des Amtsbezirks Konolfingen in Bezirksklasse I.

VI.

Jahresbericht und Jahresrechnung der bernischen Kreditkasse werden dem Grossen Rat gesondert vorgelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an:

Der Darlehensbestand der Kreditkasse hat einen weiteren Abbau um Fr. 85 908.15 erfahren und ist von Fr. 102 907 Ende 1953 auf Fr. 16 998.85 Ende 1954 zurückgegangen.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 2205.35 wurde dem Reservefonds überwiesen, der auf Ende 1954 einen Bestand von Fr. 193 788.45 aufwies.

Der Kapitalbestand des Gemeindeunterstützungsfonds betrug auf Ende 1954 Fr. 869 612.75 gegenüber Fr. 858 502 auf Ende 1953. Die Entnahmen aus dem Fonds für Zuwendungen an Gemeinden und Diverses beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 98 310.

VII.

Über die **Amtskautionen** und die Art, wie sie geleistet werden, gibt nachstehende Übersicht Aufschluss (Stand 31. Dezember 1954):

Kautionspflichtiges Personal	Es haben ihre Kaution geleistet durch						
	Amtsbürgschafts-Genossenschaft	Barkaution und Wertschriften	Einzelbürgschaft (Solidarbürgen)	Bankgarantie	Kautions-Versicherungspolice	Hängige Fälle	Total Kautionspflichtige
Beamte und Angestellte der Zentralverwaltung	36	1	—	—	—	—	37
Beamte der Bezirksverwaltung	91	2	—	—	—	1	94
Angestellte der Bezirksverwaltung	268	7	—	—	1	12	288
Anstaltspersonal	44	3	—	2	1	2	52
Oberwegmeister	21	—	—	1	—	—	22
Kreiskommandanten . .	6	—	—	—	—	—	6
Sektionschefs	204	4	—	1	2	11	222
Nachführungsgeometer .	28	1	—	—	—	—	29
Betreibungsweibel . . .	152	1	1	1	—	4	159
	850	19	1	5	4	30	909

B. Verwaltung

I. Kantonsbuchhalterei

Personelles

Im Personalbestand von 9 Personen sind 1954 zahlenmässig keine Veränderungen eingetreten. Auf Jahresende wurden Revisor Hans Tempelmann zum Adjunkten und Werner Probst, bisheriger Angestellter der Kantonsbuchhalterei, zum Revisor befördert.

Rechnungsführung

Die Umsätze der Rechnung 1954 sind im Vergleich zur Vorjahresrechnung und zum Voranschlag erneut angestiegen. Der Kreditkontrolle und der rechtzeitigen Beschaffung von Nachkrediten durch die Direktionen in Überschreitungsfällen wurde vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Nachkredite traten zur Hauptsache erst auf Jahresende in Erscheinung.

Die Finanzrechnung

Der Finanzvoranschlag 1954 sah einen Ausgabenüberschuss von 8,3 Millionen Franken vor. Nach dem günstigen Abschluss der Finanzrechnung 1953 war bei den weiterbestehenden Konjunkturverhältnissen ebenfalls für 1954 mit einem guten Abschluss zu rechnen, um so mehr, als die der Rechnung 1953 belasteten Berichtigungsoperationen von 5,3 Millionen Franken wegfielen. Diese Erwartungen sind erfüllt worden. Die Behörden haben für 7,392 Millionen Franken Nachkredite gesprochen, die jedoch nur mit 2,7 Millionen Franken zur Auszahlung gelangten. Die Rechnung schliesst um 20 Millionen Franken besser ab als der Voranschlag und um 2 Millionen Franken besser als die Rechnung 1953. Im Vergleich zum Voranschlag sind die Einnahmen netto um 34 Millionen Franken höher ausgefallen (Mehreinnahmen 37,2 Millionen Franken, Mindereinnahmen 3,2 Millionen Franken). Gegenüber der Finanzrechnung 1953 wurden 1954 12,9 Millionen Franken mehr eingenommen.

Die direkten Steuern weisen inkl. Taxationskorrekturen aus Rechtsentscheiden 14,1 Millionen Franken und die indirekten Steuern 4,7 Millionen Franken Mehreinnahmen im Vergleich zum Voranschlag auf. Im Vergleich zur Rechnung 1953 sind die Abweichungen bescheidener und betragen 3,5 Millionen Franken bzw. 1,5 Millionen Franken. Sie betreffen zur Hauptsache die Einkommen- und Vermögensteuern der natürlichen Personen, die Gewinnsteuern der AG. und GmbH., die Vermögensgewinnsteuern, die Erbschafts- und Schenkungssteuern (neue Bruttorechnung) und die Wehrsteuern. Vom Mehreinnahmenbetrag von rund 37 Millionen Franken im Vergleich zum Voranschlag entfallen 18,8 Millionen Franken auf Steuern, so dass für die übrigen Mehreinnahmen der Betrag von 18,2 Millionen Franken verbleibt. Dieser setzt sich aus den verschiedenartigsten Elementen zusammen. Die Gebührenerträge sind fast durchwegs nochmals angestiegen. Wesentlich grössere Eingänge ergaben sich aus Autosteuern, Verzugszinsen, den Anteilen an den eidgenössischen Stempelgebühren und dem Alkoholmonopol, aus Billetsteuern, Bundesbeiträgen für den Strassenbau, Wasserrechtsabgaben, Holzverkäufen, ferner aus nicht veranschlagten Domänenverkäufen und Kursgewinnen auf ausgelostem Titelbesitz, aus grössern Darlehensrückzahlungen und Leistungen an die Finanzausgleichsfonds durch die Gemeinden. Höhere Einnahmenumsätze, denen aber entsprechende Mehrausgaben gegenüberstehen, sind festzustellen bei den Staatsanstalten für Kostgelder und Spezialbehandlungen, beim Kriegskommissariat für Arbeiten für die Eidgenossenschaft und bei der Fürsorge für Rückerstattungen innerhalb und ausserhalb des Unterstützungskonkordates.

Die Mindereinnahmen betreffen hauptsächlich Bundesbeiträge für fremde Rechnung sowie zu hoch veranschlagte Brandentschädigungen und den Benzinzollanteil. Wenn Mehr- und Mindereinnahmen untereinander abgerechnet werden, weisen 14 Direktionen Mehreinnahmen und 4 Direktionen Mindereinnahmen aus.

Die Ausgaben übersteigen den Voranschlag netto um 14 Millionen Franken (Mehrausgaben 31,5 Millionen Franken, Minderausgaben 17,5 Millionen Franken). Die Mehrausgaben sind zu einem guten Teil auf ungenau budgetierte Posten aus Rückstellungen oder für fremde Rechnung, nicht veranschlagte neue Geschäfte, Ausgabenverschiebungen von einer Dienststelle auf alle übrigen (a. o. Teuerungszulagen), auf die Übertragung von Vermögensbestandteilen in das privatrechtliche Vermögen und auf Mehreinnahmen zurückzuführen. Beträchtliche Mehrbelastungen entstanden durch erhöhte Beiträge an die Gemeinden für die Durchführung der Kranken- und Tbc-Versicherung, höhere Vergütungen für den Steuereinzug, grössere Leistungen für den Schulhausbau, vermehrte Beiträge an die Gemeinden nach Strassenbaugesetz. Sodann fielen ins Gewicht: nicht veranschlagte Domänenankäufe, Darlehensrückzahlungen an den Bund, Rückerstattung von Handänderungsgebühren, Ausrichtung von Gemeindeanteilen auf Erbschaftssteuern (neue Bruttorechnung), höhere Leistungen aus dem Finanz-

ausgleichsfonds und im Fürsorgegebiet grössere Beiträge innerhalb und ausserhalb des Unterstützungskonkordates und für dauernd und vorübergehend Unterstützte.

Die Minderausgaben betreffen zur Hauptsache die schon erwähnten a. o. Teuerungszulagen, Bundesbeiträge für fremde Rechnung, Minderleistungen für Spitalbauten aus Rückstellungen, für Luftschutzräume, für die Verzinsung der laufenden Schulden, für die Versicherungskasse, den buchungsmässigen Wegfall der Sport-Toto-Gelder der Erziehungsdirektion, geringere Leistungen aus laufenden Krediten für den Hoch- und Tiefbau und für Eisenbahnsanierungen.

Wir müssen neuerdings darauf hinweisen, dass der Vergleich der Ausgabenzahlen des Voranschlages mit denen der Rechnung kein schlüssiges Bild über die wirkliche Belastung der Staatsrechnung erlaubt. So werden nicht oder nicht genügend veranschlagte grosse Ausgabenposten durch Entnahmen aus Rückstellungen in der Rechnung der Vermögensveränderungen wettgemacht. Nicht ausgegebene Kredite dagegen werden in zahlreichen Fällen durch die Schaffung von Rückstellungen zu vollen Belastungsposten.

Ohne Berücksichtigung der gesprochenen Nachkredite weisen 14 Direktionen Mehrausgaben und 4 Direktionen Minderausgaben auf.

Über weitere Einzelheiten gibt die gedruckte Staatsrechnung Auskunft.

Die Rechnung der Vermögensveränderungen

weist unter Einbezug der vom Grossen Rat beschlossenen Reinertragsverwendung von 15,187 Millionen Franken bei einem Ertrag von 48,237 Millionen Franken einen Mehrertrag von 11,275 Millionen Franken und bei einem Aufwand von 59,858 Millionen Franken einen Mehraufwand von 27,800 Millionen Franken im Vergleich zum Voranschlag aus. Mit Ausnahme der erwähnten Reinertragsverwendung im Aufwand stehen die wesentlichsten Abweichungen sowohl beim Ertrag wie beim Aufwand in engstem Zusammenhang mit den Mehr- und Minderausgaben der Finanzrechnung.

Ertrag: Die Zunahme der Debitoren besteht zur Hauptsache in der Aufnahme von 1955 zu erwartenden Bundesbeiträgen für den Strassenbau, während die Abnahme der Kreditoren Rückzahlungen von Wohnbaudarlehen und die Erfassung der ausstehenden Kantonsanteile an eidgenössischen Steuern betrifft. Die Mehrentnahmen aus dem zweckgebundenen Staatsvermögen und aus den Reserven sind auf Überträge in das privatrechtliche Vermögen zurückzuführen. Die Mehrentnahmen aus Rückstellungen betreffen fast ausschliesslich den Hoch- und Tiefbau.

Aufwand: Die Debitoren haben um rund 2,4 Millionen Franken mehr abgenommen als vorgesehen war. Es handelt sich um die Rückbuchung der im Vorjahr in Rechnung gestellten Bundessubventionen für den Strassenbau und um grössere Rückzahlungen von Wohnbaudarlehen. Durch höhere Zuschlagsteuereingänge haben die Kreditoren ebenfalls etwas zugenommen.

Die Abschreibungen auf Steuern beanspruchten 1,5 Millionen Franken weniger als vorgesehen war. Aus dem Reinertrag wurde die Abschreibung des Saldos der Arbeitsbeschaffungskonten von 11,737 Millionen Franken vorgenommen. Die Mehreinlagen in das zweckgebundene Staatsvermögen betreffen im wesentlichen die Finanzausgleichsfonds, während die Mehreinlagen in Rückstellungen für alle budgetierten und beschlossenen Projekte (im bisherigen Rahmen) zur Hauptsache auf die Direktionen der Sanität, der Bauten, der Eisenbahnen und der Fürsorge entfallen. Als weitere Reinertragsverwendung wurden 3 Millionen Franken für Beiträge an Gemeinden für Schulhausbauten und Fr. 450 000 für Meliorationen zurückgestellt.

Die tatsächlich vorgenommenen Schuldentilgungen betragen 5,329 Millionen Franken. Durch Wegfallen von Risiken verringerte die Kantonalbank den Schuldscheinbetrag um Fr. 500 000. Im Hinblick auf die Höhe der Schuldenabtragung wurde keine Einlage in die Reserve für Schuldentilgungen vorgenommen.

Für die Einzelheiten der Rechnung der Vermögensveränderungen verweisen wir auf die gedruckte Staatsrechnung.

Die Gesamtrechnung

	Fr.
Der Voranschlag sah bei einem *Ausgabenüberschuss* der *Finanzrechnung* von	8 322 238.—
und einem *Ertragsüberschuss* der *Rechnung der Vermögensveränderungen* von	4 903 474.—
einen *Reinaufwand* vor von	3 418 764.—

Die *Finanzrechnung* lautet:

Einnahmen	291 939 690.—
Ausgaben	280 196 144.16
Einnahmenüberschuss	11 743 545.84
An Stelle eines Ausgabenüberschusses ergibt sich ein Einnahmenüberschuss und im Vergleich zum Voranschlag eine Verbesserung von	20 065 783.84

Die *Rechnung der Vermögensveränderungen* ergibt:

	Fr.
Aufwand (inkl. Reinertragsverwendung von Fr. 15 187 036.70)	59 858 227.42
Ertrag	48 236 726.70
Überschuss des Aufwandes	11 621 500.72
An Stelle eines vorgesehenen Ertragsüberschusses ergibt sich ein Überschuss des Aufwandes und im Vergleich zum Voranschlag eine Verschlechterung von	16 524 974.72
Zusammenzug:	
Einnahmenüberschuss	11 743 545.84
Überschuss des Aufwandes	11 621 500.72
Restlicher auf Vermögenskonto übertragener *Reinertrag der Gesamtrechnung 1954*	122 045.12

Das buchmässig ausgewiesene reine Staatsvermögen nimmt um diesen Betrag zu. Wird von der Rechnungslage vor Reinertragsverwendung ausgegangen, schliesst

die Jahresrechnung 1954 um Fr. 645 942.82 besser ab als die des Vorjahres. Sie schliesst um Fr. 18 727 845.82 besser ab als der Voranschlag 1954.

Das Vermögen

	Fr.
Dieses betrug am 1. Januar 1954 (inkl. Fr. 55 427 156.09 zweckgebundenes Staatsvermögen auf Ende 1948) . .	50 402 467.09
Es beträgt am 31. Dezember 1954 . . .	50 524 512.21
Zunahme wie hievor	122 045.12

Die Umsatzzahlen der Verkehrsbilanz für Mobilien, Waren, Rückstellungen und Reserven stimmen mit den Zahlen der Rechnung der Vermögensveränderungen nicht genau überein. Die Vermögensveränderungsoperationen der Staatsanstalten werden in den Umsätzen der Verbindungskonten und nicht in denen der vorgenannten Bilanzkonten ausgewiesen. Aus Zweckmässigkeitsgründen werden nicht alle Warenankäufe über die Finanzrechnung und von dort über die Vermögensveränderungsrechnung in die Bilanz geleitet. Vereinzelte Verhandlungen gelangen zuerst in die Bilanz und von dort in die Finanzrechnung.

Übersicht über einzelne Positionen der Vermögensrechnung:

Die über die Verwaltungsrechnung abzutragenden Konten:

	Fr.
Der am 1. Januar 1954 vorgetragene Saldo betrug	12 167 637.72
Durch die teilweise Abtragung der Schuldsaldi Montana, Tbc-Fonds, Lehrerversicherungskasse und Sport-Toto-Darlehen wurde der Betrag vermindert um	1 769 485.43
und beträgt Ende 1954	10 398 152.29

Die Arbeitsbeschaffungskonten 1944 (Zuschlagssteuer):

	Fr.	Fr.
Die Beanspruchung betrug am 1. Januar 1954		61 025 262.30
Neu wurden nur Bankzinsen belastet . . .	266 666.70	
Reduktion durch Abtragung Fischzuchtanstalt Eichholz . .	20 000.—	
		246 666.70
		61 271 929.—
Eingenommene Zuschlagsteuern bis Ende 1953	43 323 356.30	
Zuschlagsteuer 1954 .	6 211 536.—	
Abtragung durch Reinertragsverwendung 1954	11 737 036.70	
		61 271 929.—

Die Wertberichtigungen (inkl. Eisenbahnamortisationsfonds):

	Fr.
Der Stand auf 1. Januar 1954 von . . .	30 824 133.—
wurde durch neue Aktien- und Obligationenbewertungen um	235 592.—
erhöht auf	31 059 725.—
per 31. Dezember 1954.	

Die Rückstellungen:

Sie betrugen am 1. Januar 1954	38 568 290.29
am 31. Dezember 1954 (inkl. Reinertragsverwendung)	36 961 279.15
und verzeichnen eine Abnahme von . .	1 607 011.14

Diese Mittel sind für bewilligte Geschäfte und abgegebene Zusicherungen gebunden. Die Aufgaben, die den Zuschlagsteuerkonten belastet wurden, sind grösstenteils erfüllt. Die Rückstellungsbeträge aus dem Reinertrag für Schulhausbauten (3 Millionen Franken) und Meliorationen (0,45 Millionen Franken) haben den Bestandesrückgang wieder etwas verringert.

Das zweckgebundene Staatsvermögen:

	Fr.	Fr.
Es betrug am 1. Januar 1954		66 580 437.71
Einlagen 1954	12 289 565.78	
Entnahmen	12 205 066.23	
Nettozunahme		84 499.55
Reinvermögen der zweckgebundenen Fonds auf 31. Dezember 1954 inkl. Reservekonten der Kantonalbank und der Hypothekarkasse von 24,3 Millionen Franken		66 664 937.26

Von diesem Betrag sind, wie bisher, Fr. 55 427 156.09 im Reinvermögenskonto des Staates und Fr. 11 237 781.17 auf besonderem Vermögenskonto der Zweckfonds ausgewiesen.

Die Rückstellung für die Ablösung des zweckgebundenen Staatsvermögens aus dem Reinvermögenskonto beträgt seit mehreren Jahren Fr. 6 265 824.

Die Reserven:

	Zweckbestimmte Fr.	Freie Fr.
Sie betrugen am 1. Januar 1954	4 997 565.92	7 043 456.95
am 31. Dezember 1954	4 211 107.11	7 040 105.—
und haben abgenommen um	786 458.81	3 351.95

Die Abnahmen sind auf die Übertragung von Reserven in das privatrechtliche Vermögen zurückzuführen.

Die Steuerausstände:

Die Ausstände an direkten Steuern betrugen auf Jahresende (25. Januar 1955) Fr. 35 339 653.37. Davon entfallen auf die Gemeinde Bern Fr. 15 122 701.14.

An eidgenössischen Steuern waren ausstehend Fr. 31 597 609.98, wobei die 1955 zu beziehende Wehrsteuerquote 1954 in den Aktiven und den Passiven berücksichtigt ist.

Die Verpflichtungen:

Auf Jahresende 1954 bestanden für rund 31 Millionen Franken noch nicht eingelöste Verpflichtungen für Staatsbeiträge an Schulhausbauten, Strassen- und Wasserbauten und Meliorationen. Hiefür sind rund 7 Millionen Franken zurückgestellt.

Die Bilanz des Staatsvermögens

Aktiven	1954 Fr.	1953 Fr.
1. Verfügbare Mittel	2 414 270.69	2 093 207.64
2. Debitoren	108 938 609.89	85 183 174.84
3. Anlagen und Investitionen	362 111 594.20	361 862 874.22
4. Innenverkehr	3 675 091.36	18 448 648.47
5. Über die Verwaltungsrechnung abzutragende Konten	10 398 152.29	12 167 637.72
7. Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen, Milderung der Wohnungsnot, Spital- und Institutsbauten	—.—	61 025 262.30
8. Konten des zweckgebundenen Staatsvermögens, Anlagen	69 631 249.63	69 428 328.31
	557 168 968.06	610 209 133.50
Passiven		
1. Schwebende Schulden	56 633 204.98	68 307 438.44
Feste Schulden	288 837 812.40	294 666 847.—
2. Kreditoren	53 324 716.—	41 265 163.39
3. Wertberichtigungen (inkl. Eisenbahnamortisationsfonds)	31 059 725.—	30 824 133.—
4. Innenverkehr	8 106 588.67	10 543 418.90
6. Rückstellungen	36 961 279.15	38 568 290.29
7. Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen, Milderung der Wohnungsnot, Spital- und Institutsbauten	—.—	43 323 356.30
8. Zweckgebundenes Staatsvermögen (inkl. Kreditoren u. Rückstellungen)	20 469 917.54	20 266 996.22
9. Vermögenskonten	61 775 724.32	62 443 489.96
	557 168 968.06	610 209 133.50

Die Bilanzsumme der Aktiven hat im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 53 040 165.44 und die der Passiven, ohne die Vermögenskonten, um Fr. 52 372 399.80 abgenommen. Die Vermögenskonten allein (Reserven und Reinvermögen) nahmen um Fr. 667 765.64 ab.

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Art. 3, Absatz 2, des Finanzverwaltungsgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. *Hypothekarkasse,* § 31 des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Hypothekarkasse. Für alle von der Hypothekarkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.

2. *Kantonalbank,* Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalbank. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank.

3. *Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung.* Dekret vom 1. März 1954.
   a) § 69. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.
   b) § 86. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4% des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.

4. *Bernische Kreditkasse.* Gesetz vom 19. Oktober 1924, Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse.

5. *Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie.*
   a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1 000 000.
   b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1 000 000.

6. *Betriebsdefizitdeckung an Privatbahnen.*
   a) Bern–Neuenburg-Bahn, Grossratsbeschluss vom 15. Mai 1951; in den Jahren 1951–1955 pro Jahr max. Fr. 29 400.
   b) Compagnie des Chemins de fer du Jura, Volksbeschluss vom 3. Dezember 1950; gemeinsam mit Bund, Kanton Neuenburg und Gemeinden.
   c) Gürbetal–Bern–Schwarzenburg-Bahn, Grossratsbeschluss vom 16. September 1953. Jährlich max. Fr. 130 000.

II. Finanzinspektorat

Über die im Verlaufe des Berichtsjahres an Ort und Stelle durchgeführten, unangemeldeten Inspektionen gibt die nachfolgende Aufstellung Auskunft:

	Zahl der Kassen	Zahl der Inspektionen
Amtsschaffnereien	22	20
Staatsanstalten	39	35
Kassastellen der Justizverwaltung		
Obergericht	1	2
Verwaltungsgericht	1	1
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	28
Gerichtsschreibereien und andere Kassastellen der Gerichtsverwaltung	40	42
Regierungsstatthalterämter	30	31
Grundbuchämter	30	28
Übrige Kassastellen der Direktionen	76	69
Total	272	258

Amtsschaffnereien

Über die Revisionen ist zum Rechnungsjahr 1954 nichts besonderes zu bemerken. Zufolge Demission des Amtsinhabers und in Anwendung des Grossratsbeschlusses vom 23. Mai 1951 wurde die Amtsschaffnerei Wangen mit derjenigen von Burgdorf vereinigt.

Staatsanstalten

Die in den Anstalten durchgeführten Kassarevisionen und die Kontrolle der Anstaltsrechnungen durch unser Inspektorat konnten in befriedigender Weise abgewickelt werden. Gelegentlich zutage getretene Schwierigkeiten konnten behoben werden.

Kassastellen der Justizverwaltung und übrige Kassen der Direktionen

Wie üblich sind die Inspektionen am Sitz der zahlreichen Kassastellen vorgenommen worden. Auch hier konnten die sich zeigenden Schwierigkeiten überbrückt werden.

Unregelmässigkeiten

Es sind zwei Fälle von Unregelmässigkeiten zu verzeichnen. Die Fehlbaren sind den zuständigen Gerichten überwiesen worden.

Personal

a) Inspektorat

Revisor Emil Jordi ist am 17. Juli gestorben. Als sein Amtsnachfolger wurde Otto Blaser, Angestellter unseres Inspektorates, gewählt. Die durch diese Beförderung vakant gewordene Stelle wurde durch Felix Gribi, bisher Angestellter der Amtsschaffnerei Bern, besetzt.

b) Amtsschaffnereien

Fürsprech E. Tännler, Amtsschaffner von Oberhasli, ist nach nicht ganz ein Jahr dauernder Tätigkeit aus dem Staatsdienst ausgetreten. Als Nachfolger wurde Notar E. Schmitz gewählt.

G. Blumenstein, Amtsschaffner von Wangen, ist nach 40jährigem Staatsdienst in den Ruhestand getreten.

III. Versicherungkasse

Der Grosse Rat hat in seiner Sitzung vom 1. März 1954 das Dekret über die Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung (bisher Hülfskasse) erlassen und es rückwirkend auf den 1. Januar 1954 in Kraft gesetzt. Mit diesem Dekret wurde der Versicherungsschutz des Staatspersonals in verschiedenen wesentlichen Punkten verbessert und den heutigen Anforderungen angepasst. Ebenfalls in der Sitzung vom 1. März 1954 hat der Grosse

Rat das Dekret über die Anpassung der Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung an das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie über die Teuerungszulagen der Rentenbezüger beschlossen. Dieses Dekret, das rückwirkend auf den 1. Januar 1954 in Wirksamkeit getreten ist, bestimmt, dass die Versicherungskasse als nichtanerkannte Versicherungseinrichtung im Sinne von Art. 82 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung geführt wird und dass die Versicherungsleistungen der Versicherungskasse und der AHV zusammen 80% der Gesamtbesoldung eines Versicherten vor der Pensionierung nicht übersteigen dürfen. Im gleichen Erlasse wird auch noch eine Änderung hinsichtlich der Gewährung von Teuerungszulagen an Rentenbezüger der Versicherungskasse, die im Genusse einer AHV-Rente stehen, vorgenommen, die gegenüber der bisherigen Ordnung eine Verbesserung bedeutet. Der Umstand, dass die Beiträge der Versicherten und des Staates durch das Dekret über die Versicherungskasse eine Erhöhung von 6% auf 7% bzw. 8% auf 9% erfuhren, flossen der Kasse im Berichtsjahre vermehrte Mittel zu. Die am 1. Januar 1954 in Wirksamkeit getretenen, gegenüber der bisherigen Regelung günstigeren Pensionierungsbedingungen hatten zur Folge, dass von der Berechtigung zur Pensionierung in vermehrtem Masse Gebrauch gemacht worden ist. Die Auswirkungen der vermehrten Pensionierungen im Zusammenhange mit den aus der Erhöhung des versicherten Jahresverdienstes resultierenden Rentenbeträgen treten in der Rechnung der Versicherungskasse deutlich in Erscheinung. Nebst den ordentlichen Beiträgen weisen die Einnahmen erstmals den Ertrag der Beiträge, die zur Finanzierung der Rentenzuschläge bestimmt sind, auf. Im weitern haben die Einnahmen aus Einkaufsgeldern und diejenigen aus der Übertragung der Beiträge aus der Sparversicherung eine erhebliche Zunahme erfahren, die darauf zurückzuführen ist, dass durch das Dekret über die Versicherungskasse den Beitretenden, welche die Altersgrenze von 35 Jahren überschritten haben, die Möglichkeit des Einkaufs in die Rentenversicherung eingeräumt wird. Da sich diese Vergünstigung auch auf die schon bisher der Kasse angehörenden Mitglieder der Rentenversicherung und der Sparversicherung bezieht, haben verschiedene Kassenangehörige von der Möglichkeit des Einkaufs Gebrauch gemacht. Infolge der vermehrten Einnahmen aus Beiträgen und aus Kapitalzinsen hat sich der Kapitalbestand gegenüber dem Vorjahre erhöht. Der Mitgliederbestand der Rentenversicherung weist am Ende des Berichtsjahres 4688 Personen auf (Vorjahr 4709), derjenige der Sparversicherung 564 Personen (Vorjahr 504) und derjenige der Sparkasse 317 Personen (Vorjahr 332). Der anrechenbare Jahresverdienst beziffert sich für die Mitglieder der Rentenversicherung auf Fr. 43 647 769 (Vorjahr Fr. 43 442 666), für diejenigen der Sparversicherung auf Fr. 3 870 256 (Vorjahr Fr. 3 464 977) und für diejenigen der Sparkasse auf Fr. 1 538 448 (Vorjahr Fr. 1 578 391).

Im Berichtsjahre wurden sämtliche Gegenseitigkeitsverträge mit andern Personalversicherungskassen gekündigt und im Sinne einer Erhöhung des zu überweisenden Deckungskapitals erneuert. Mit der Pensionskasse der Beamten und Angestellten des Staates Freiburg wurde ebenfalls eine Vereinbarung über den Übertritt von einer Kasse zur andern abgeschlossen.

Der Bestand der Rentenbezüger weist im Berichtsjahre folgende Bewegung auf:

	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen
Bestand am 31. Dezember 1953 . . .	767	631	107	24
Zuwachs im Berichtsjahre	106	39	11	4
	873	670	118	28
Abgang infolge Todes und Erlöschens der Rentenberechtigung	47	23	3	1
Bestand am 31. Dezember 1954 . . .	826	647	115	27
Veränderungen gegenüber dem Vorjahre	+59	+16	+8	+3

Jahresrechnung

Rentenversicherung

Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der Vermehrung der Einkaufsgelder und der Transitorien	Fr. 12 581 486.30
Die Ausgaben betrugen	» 5 965 243.55
Der Einnahmenüberschuss beträgt	Fr. 6 616 242.75

Die Kapitalrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse einschliesslich ausstehende Forderungen	Fr. 94 368 619.80
Es betrug am 31. Dezember 1953 .	» 87 752 377.05
Die *Kapitalvermehrung* pro 1954 beträgt somit	Fr. 6 616 242.75

Sparversicherung

Die Rechnung der Sparversicherung gestaltet sich folgendermassen:

Einnahmen	Fr. 1 144 653.40
Ausgaben	» 534 293.35
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr. 610 360.05

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1954	Fr. 8 991 142.20
Er betrug am 31. Dezember 1953 .	» 8 380 782.15
Die *Kapitalvermehrung* pro 1954 beträgt somit	Fr. 610 360.05

Unterstützungskasse

Einnahmen	Fr. 10 515.10
Ausgaben	» 22 235.20
Der Ausgabenüberschuss pro 1954 beträgt somit	Fr. 11 720.10

Die Kapitalrechnung der Unterstützungskasse zeitigt folgendes Ergebnis:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1953	Fr.	269 698.45
Er betrug am 31. Dezember 1954	»	257 978.35
Die *Kapitalverminderung* pro 1954 beträgt somit	Fr.	11 720.10

Sparkasse

Einnahmen	Fr.	292 699.—
Ausgaben	»	215 870.15
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr.	76 828.85

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1954	Fr.	1 223 269.40
Er betrug am 31. Dezember 1953 .	»	1 146 440.55
Die *Kapitalvermehrung* pro 1954 beträgt somit	Fr.	76 828.85

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Versicherungskasse verwiesen.

IV. Personalamt

1. Besoldungen

Die seit 1952 ausgerichteten Teuerungszulagen wurden unverändert beibehalten.

Die Ortszulagen wurden unter Berücksichtigung der 1953 durchgeführten Mietzinserhebung beim Staatspersonal überprüft und z.T. neu festgesetzt (Regierungsratsbeschluss vom 25. Juni 1954).

Den in Bern tätigen Beamten, die mit Rücksicht auf ihre französische Muttersprache gewählt wurden und die ihre Kinder in die welsche Schule in Bern schicken, bewilligte der Grosse Rat am 10. November 1954 einen Schulgeldbeitrag.

2. Übrige Anstellungsverhältnisse

Das Berichtsjahr brachte eine grundlegende Revision des bernischen Personalrechts.

Am 7. Februar 1954 wurden durch Volksabstimmung das Gesetz über das Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung sowie das Gesetz über die Universität angenommen.

In Ausführung des Beamtengesetzes erliess der Grosse Rat am 9. November 1954 ein Dekret über das Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung (Dienstordnung). Dieses Dekret hat zur Folge, dass ca. 2000 bisher auf Kündigung angestellte Personen inskünftig ebenfalls auf Amtsdauer gewählt werden.

Am 30. April 1954 beschloss der Regierungsrat eine neue Ferienverordnung, die jene des Jahres 1937 ablöste.

Nach langdauernden Vorarbeiten konnten ferner die Autoentschädigungen an Beamte, die ihre Motorfahrzeuge für Dienstreisen verwenden, neu festgesetzt werden (Regulativ des Regierungsrates vom 23. März 1954).

Die Leistungen der Kollektiv-Krankenversicherung des Staatspersonals wurden durch Einführung einer zusätzlichen Kinderlähmungsversicherung verbessert.

Im Hinblick auf das neue Versicherungskassen-Dekret (vgl. Abschnitt Versicherungskasse) sowie auf den Ablauf der 5jährigen Vertragsdauer der Kollektiv-Unfallversicherung wurde auch diese überprüft und mit Wirkung ab 1. Januar 1955 neu geordnet. Die Leistungen bei Invalidität und Todesfall werden herabgesetzt, dagegen die Kosten des Selbstbehaltes der Krankenversicherung (Heilungskosten) neu der Unfallversicherung überbunden.

3. Personalkommission

Die durch den Regierungsrat im Jahre 1947 geschaffene Kommission wurde im Beamtengesetz vom 7. Februar 1954 endgültig verankert. Gestützt darauf erliess der Regierungsrat am 21. Dezember 1954 ein Reglement für die Personalkommission.

Die Personalkommission behandelte die Geschäfte des Berichtsjahres in 7 Sitzungen.

4. Personalstatistik

Die Direktionen beschäftigten auf Jahresende:

	Beschäftigte inklusive Aushilfen			In Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Männer	Frauen	Zusammen		
Staatskanzlei . .	31	5	36	36	—
Volkswirtschaft .	205	78	283	249	— 9
Justiz	545	107	652	648	+ 6
Polizei	798	101	899	896	+ 36
Finanz	383	79	462	451	— 15
Erziehung . . .	567	217	784	638	+ 32
Kirchen	459	1	460	455	+ 5
Bau u. Eisenbahn	575	20	595	576	— 1
Forsten	262	12	274	134	+ 1
Landwirtschaft .	160	92	252	251	— 1
Militär	193	21	214	211	— 3
Fürsorge	114	87	201	200	+ 1
Gemeinde . . .	8	3	11	11	—
Sanität	565	631	1196	1182	— 4
Total	4865	1454	6319	5938	+ 48

Wie in den Vorjahren haben die Polizeidirektion und die Erziehungsdirektion die grössten Personalvermehrungen zu verzeichnen. Sie rühren her:

Bei der Polizeidirektion: Vergrösserung des Polizeikorps, Erhöhung der Zahl der Motorfahrzeug-Experten, Personalvermehrung bei den Strafanstalten.

Bei der Erziehungsdirektion: Vermehrung der Hilfskräfte der Hochschule sowie der Lehrkräfte an staatlichen Mittelschulen.

V. Steuerwesen

A. Zentralverwaltung

1. Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte. – Berichtigungen von amtlichen Werten sind im Berichtsjahr 8050 (9468) vorgenommen worden. Von den Steuerpflichtigen wurden 108 (195) Rekurse eingereicht, von der Steuerverwaltung 1 (1) Rekurs; davon sind 96 entschieden. Beschwerden beim Verwaltungsgericht wurden keine eingereicht. – Über die Kosten der Berichtigungen wurde mit 491 Gemeinden abgerechnet.

Am 2. Februar 1954 hat der Regierungsrat die Durchführung einer *neuen Hauptrevision* der amtlichen Werte beschlossen und die Finanzdirektion beauftragt, die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen. Der Dekretsentwurf wurde ausgearbeitet; die grossrätliche Kommission stimmte ihm mehrheitlich zu. In der Novembersession hat der Grosse Rat den Entwurf durchberaten, die Schlussabstimmung jedoch auf die Maisession 1955 verschoben und die Finanzdirektion beauftragt, unterdessen Probebewertungen in verschiedenen Gemeinden vorzunehmen.

2. Die Abteilung für Steuererlassgesuche hatte auf Ende 1953 noch 568 (570) Gesuche hängig. Neu eingegangen sind 10 182 (7986) Gesuche, und zwar 1465 (998) für die Wehrsteuer und 8717 (6988) für die Staatssteuern, wovon nicht weniger als 3902 die Stadt Bern und 5328 den ganzen übrigen Kanton betreffen. Von den total 10 750 Gesuchen konnten 9906 erledigt werden, und zwar wurden 7897 ganz oder teilweise gutgeheissen, während 2853 abgewiesen werden mussten. Hängig blieben auf Jahresende 844 Gesuche. – Für die Steuerjahre 1950 bis und mit 1954 wurden Fr. 464 046 (Fr. 386 789) erlassen. Ausser den Erlassgesuchen hatte die Abteilung noch rund 500 Stundungs- und Rückerstattungsgesuche zu behandeln.

3. Meldungen für die AHV, die Krankenkassen und die Bergbauernhilfe. Von 111 AHV-Ausgleichskassen sind 68 498 (74 515) Meldeformulare über das Einkommen selbständig Erwerbender oder nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger eingegangen. Erledigt wurden bis Jahresende 66 042 Meldungen. Ferner mussten 516 (1070) Berichte an Kassen und Gerichte behandelt werden. Die Entschädigung hat für die AHV Meldungen für die Veranlagungsperiode 1953/54 Fr. 136 996 betragen. – An Erhebungsformularen für die Krankenkassen mussten 17 772 (21 014) oder für die Periode 1953/54 total 38 786 ohne Entschädigung ausgefüllt werden. – Für die Familienzulagen an Bergbauern waren 3793 (5112) und für die ganze Periode total 8905 Erhebungsformulare, ebenfalls ohne Entschädigung, ausgefüllt worden.

4. Die Steuerverwaltung hat den Auftrag erhalten, eine *Partialrevision des Steuergesetzes* vorzubereiten. Sie hat damit im Berichtsjahr begonnen.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Für den Steuerertrag 1954 bildete die Veranlagung 1953 die Grundlage; sie veränderte sich nur durch Zuzug, Wegzug, Revisionen, Einsprachen, Rekurse, Beschwerden, Eliminationen und Steuererlass.

	Rechnung 1953	Budget 1954	Rechnung 1954	+ oder — gegenüber Rechnung 1953	+ oder — gegenüber Budget 1954
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen . . .	90 322 579.—	85 500 000.—	92 420 405.—	+ 2 097 826.—	+ 6 920 405.—
Vermögen	13 209 454.—	12 600 000.—	13 155 458.—	— 53 995.—	+ 555 458.—
Total	103 532 033.—	98 100 000.—	105 575 863.—	+ 2 043 831.—	+ 7 475 863.—

Rechnet man zu dieser Hauptsteuer der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer, Nach- und Strafsteuern sowie den Eingang abgeschriebener Steuern), so ergibt sich für 1954 eine *gesamte Bruttosteuereinnahme* von Fr. 138 118 716. Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Mehreinnahme von Fr. 14 084 826, gegenüber der Rechnung 1953 von Fr. 3 443 752.

Die *Kosten für Verwaltung, Veranlagung und Bezug* belaufen sich auf Fr. 7 182 422 und sind um Fr. 334 882 höher als der Voranschlag. An Bezugsprovisionen wurde den Gemeinden (nach Finanzausgleichsgesetz) Franken 2 754 954 ausbezahlt (Fr. 2 346 294).

C. Steuern der juristischen Personen

Im Jahre 1954 wurden 267 (198) Neugründungen behandelt. Gelöscht wurden 263 (157) juristische Personen; fusioniert haben 4 (8). Interkantonale Steuerteilungen wurden 687 (606) vorgenommen. Bücheruntersuchungen wurden 640 (852) durchgeführt. Bei den 1095 (1065) Personalfürsorgestiftungen wurden 200 Kontrollen vorgenommen. Von 64 Erlassgesuchen wurden 63 erledigt. – Im Auftrage der Finanzdirektion wurden die Jahresrechnungen sämtlicher Bezirksspitäler überprüft. – Für die Steuerverwaltung und zahlreiche Abteilungen anderer Direktionen wurden am Adressograph 459 324 (354 002) Adressen gedruckt.

Gegenüber der Vorperiode haben sich die *Arbeitsbeschaffungsreserven* wesentlich erhöht; 345 (317) Firmen haben Reserven von Fr. 34 718 000 (Fr. 18 464 600) geäufnet; 33 ausserkantonale Unternehmungen haben ebenfalls erhebliche Reserven gebildet, von denen 2,8 Millionen Franken den Kanton Bern betreffen.

1. Erwerbsgesellschaften, Selbsthilfe- und Erwerbsgenossenschaften

Gewinn- und Ertragsteuer	Fr.	19 709 161.—
Kapital- und Vermögensteuer . . .	»	5 239 918.—
Zusammen	Fr.	24 948 479.—
Voranschlag	»	21 150 000.—
Mehrertrag gegenüber Voranschlag	Fr.	3 798 479.—
Mehrertrag gegenüber Vorjahr. . .	»	198 092.—

2. Holdinggesellschaften

Holdingsteuer	Fr.	31 830.—
Voranschlag	»	20 000.—
Mehrertrag gegenüber Voranschlag	Fr.	11 830.—
Minderertrag gegenüber Vorjahr . .	»	748.—

3. Übrige juristische Personen

Einkommensteuer	Fr.	987 435.—
Vermögensteuer	»	727 615.—
Zusammen	Fr.	1 715 050.—
Voranschlag	»	1 480 000.—
Mehrertrag gegenüber Voranschlag	Fr.	235 050.—
Mehrertrag gegenüber Vorjahr. . .	»	2 618.—

D. Vermögensgewinnsteuer

Der Reinertrag der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 5 125 898 (Fr. 3 964 910), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 2 525 898 ausmacht und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 1 160 988.

Die Zahl der Veranlagungen betrug 5357 (5292); in 1792 (1392) Fällen wurde kein Vermögensgewinn festgestellt. Einsprachen waren 434 (456) zu erledigen; 41 wurden an die Rekurskommission weitergezogen und davon 4 (10) als Beschwerden an das Verwaltungsgericht. An Erlassgesuchen waren 241 (226) zu behandeln.

E. Nach- und Strafsteuern

Der Reinertrag beziffert sich auf Fr. 695 620 (Fr. 603 537), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 95 620 und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 92 082 ausmacht.

Behandelt wurden 3873 (4153) Fälle in bezug auf die Staatssteuer, die Wehrsteuer der Perioden III bis VII und das Wehropfer II. Nach- und Strafsteuern mussten in 409 (704) Fällen festgesetzt werden; der Rest konnte als richtig versteuert abgeschrieben werden.

Es wurden 23 (39) Gesuche um Herabsetzung eingereicht; ganz oder teilweise entsprochen wurde 11 Gesuchen, 12 wurden abgewiesen. An die Rekurskommission weitergezogen wurden 12 (13) kantonale und 7 (8) eidgenössische Fälle. Besondere Bussenverfahren (Anstiftung zur Steuerhinterziehung, Beihilfe und Inventarvergehen) wurden 19 (16) kantonale und 7 (9) eidgenössische durchgeführt.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Im Berichtsjahr wurde im Einverständnis mit dem Finanzinspektorat ein neues System der Verbuchung und Abrechnung mit den Amtsschaffnereien eingeführt.

Der Bruttoertrag beläuft sich auf Fr. 6 362 194, was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 2 312 194 und gegenüber dem Vorjahr Fr. 1 823 391 ausmacht. Behandelt wurden 7590 (9381) Fälle. Abgabepflichtige Fälle 3004 (3084). Die Rückerstattungen machen Fr. 368 468 (Fr. 65 757) aus. Die Eliminationen wurden vom Bruttoertrag abgezogen.

An Gemeindeanteilen wurden Fr. 1 164 470 (Franken 1 134 280) ausgerichtet. Die Verrechnung mit den Handänderungsabgaben macht in 1035 (1036) Fällen Fr. 368 468 (Fr. 373 369) aus.

Erbschaftssteuerprozesse vor Verwaltungsgericht wurden in 9 (22) Fällen geführt. Gesuchsanträge wurden 193 (289) gestellt und Bussen mussten in 14 (24) Fällen ausgesprochen werden.

G. Eidgenössische Steuern

1. Eidgenössische Wehrsteuer

III. Periode (1945/46): Weil das zweite Wehropfer erhoben wurde, war für die III. Periode keine Vermögenssteuer zu entrichten. Total Eingang bis 31. Dezember

1954 Fr. 51 984 113, davon Anteil des Kantons (30%) Fr. 15 595 234; Eingang im Jahre 1954 Fr. 28 800; Ausstand auf Ende 1954 Fr. 6635.

IV. Periode (1947/48): Für das Jahr 1947 wurde ebenfalls keine Vermögenssteuer erhoben, da noch die III. Rate des zweiten Wehropfers zu entrichten war. Total Eingang bis 31. Dezember 1954 Fr. 79 142 563, davon Anteil des Kantons (30%) Fr. 23 742 769; Eingang im Jahre 1954 Fr. 33 377; Ausstand auf Ende 1954 Fr. 48 212.

V. Periode (1949/50): Total Eingang bis 31. Dezember 1954 Fr. 92 133 194, davon Anteil des Kantons (30%) Fr. 27 639 958; Eingang im Jahre 1954 Fr. 98 938; Ausstand auf Ende 1954 Fr. 182 998.

VI. Periode (1951/52): Total Eingang bis 31. Dezember 1954 Fr. 77 631 782; davon Anteil des Kantons (30%) Fr. 23 289 534; Eingang im Jahre 1954 Franken 950 098; Ausstand auf Ende 1954 Fr. 530 418.

VII. Periode (1953/54): Total Eingang bis 31. Dezember 1954 Fr. 74 861 945, davon Anteil des Kantons (30%) Fr. 22 458 583; Ausstand auf Ende 1954 Franken 31 254 021. Die Steuer für das Jahr 1954 wurde erst am 1. März 1955 fällig.

2. Sonderzuschlag zur Wehrsteuer 1949

Total Eingang bis 31. Dezember 1954 Fr. 15 998 446, davon Anteil des Kantons (10%) Fr. 1 599 844; Eingang im Jahre 1954 Fr. 12 422; Ausstand auf Ende 1954 Fr. 25 463.

3. Eidgenössisches Wehropfer

II. Wehropfer (1945/47): Total Eingang bis 31. Dezember 1954 Fr. 119 949 882, davon Anteil des Kantons (10%) Fr. 11 994 988; Eingang im Jahre 1954 Franken 37 310; Ausstand auf Ende 1954 Fr. 11 848.

Die Wehrsteuerabteilung hat 3802 Meldungen von andern Kantonen und 7127 von der Eidgenössischen Steuerverwaltung verarbeitet; ihrerseits hat sie an andere Kantone 2117 Meldungen erstattet. Ferner sind von juristischen Personen 62 Meldungen über ausgerichtete Vergütungen eingegangen. Steuerteilungsvorschläge sind von andern Kantonen 601 eingegangen und 567 an andere Kantone ausgegangen.

H. Eidgenössische Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Im Berichtsjahr sind 75 722 (132 342) Gutschriften mit einem totalen Verrechnungssteuerbetrag von Fr. 13 666 021.50 (Franken 23 449 950.05) erteilt worden. Davon wurden Franken 13 250 913.70 (Fr. 23 264 683.65) mit Gemeinde- und Staatssteuern verrechnet und Fr. 415 107.80 den Berechtigten direkt zurückerstattet. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen wurden 2123 (3058) ausgefertigt.

b) Vorzeitiges Rückerstattungsverfahren: Die vorzeitig behandelten Anträge auf Verrechnung oder Rückerstattung der im Jahre 1954 an der Quelle abgezogenen Verrechnungssteuer setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften . . .	824	Fr. 160 915.55
Lotteriegewinne .	1 289	» 184 504.55
Übrige.	57	» 24 054.70
Total	2170 (2216)	Fr. 369 474.80

c) Beschleunigtes Rückerstattungsverfahren: Für in den Jahren 1947 bis 1953 abgezogene Verrechnungssteuer wurden insgesamt 1310 (2151) Rückerstattungsanträge beschleunigt behandelt, und zwar:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften . . .	624	Fr. 396 193.40
Lotteriegewinne .	616	» 160 663.30
Übrige.	70	» 183 885.90
Total	1310 (2151)	Fr. 740 742.60

2. Rückerstattung von Quellensteuern auf ausländischen Kapitalerträgen

Im Zusammenhang mit der Ausführung der zwischen der Schweiz und verschiedenen ausländischen Staaten abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) hat sich das kantonale Verrechnungssteueramt auch mit der Kontrolle von Rückerstattungsanträgen ausländischer Quellensteuern zu befassen, nämlich:

DBA mit den USA (Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehalts USA)

a) im ordentlichen Verfahren:
= 354 (1240) Anträge mit Fr. 313 995.—

b) im vorzeitigen Verfahren:
= 20 (27) Anträge mit Fr. 10 871.35

Total = 374 Anträge mit Fr. 324 866.35

Zudem mussten 590 Meldungen (Information returns) über amerikanische Erträge geprüft werden.

DBA mit Schweden

Abgabe von Wohnsitz- und Besteuerungsbescheinigungen für 111 (110) Anträge.

DBA mit Holland

Abgabe von Wohnsitz- und Besteuerungsbescheinigungen für 291 (291) Anträge.

3. Wertschriftenbewertung

Es sind insgesamt 839 (2414) Bewertungen von nichtkotierten Aktien und Anteilen bernischer Aktiengesellschaften, GmbH. und Genossenschaften vorgenommen worden. Zu 266 (8) Einsprachen mussten Bewertungs-Vernehmlassungen ausgearbeitet werden.

J. Gemeindesteuerwesen

Teilungspläne: Die Abteilung für das Gemeindesteuerwesen hatte 2144 (2539) Gemeindesteuerteilungen vorzunehmen. Einsprachen dagegen sind 29 (14) eingelangt, die alle erledigt wurden. An das Verwaltungsgericht wurde kein Einspracheentscheid weitergezogen.

Finanzausgleich: Im Berichtsjahr hat der Grosse Rat das Ausführungsdekret zum Finanzausgleichsgesetz beschlossen.

Von den 492 Einwohner- und gemischten Gemeinden waren rund 250 beitragsberechtigt. Es wurden 1954 für 235 Gemeinden die endgültigen Beiträge für das Vorjahr berechnet; 9 Gemeinden hatten die Berechnungsgrundlagen noch nicht vorgelegt. (Die Beiträge für 1954 wurden im 1. Quartal 1955 eröffnet.) Die Auszahlungen an die Gemeinden (inkl. auf 31. Dezember 1954 geschuldete Beiträge) beliefen sich auf Fr. 3 000 388; aus dem Sonderfonds wurden ferner an 2 Gemeinden Fr. 14 770 ausbezahlt.

Der *Finanzausgleichsfonds* (Hauptfonds) weist an Einnahmen (Bankensteuern, Staatsbeiträge und Zinsen) Fr. 4 523 777 auf. Das Vermögen beläuft sich bei Jahresende auf Fr. 11 071 778. Der *Sonderfonds* verzeigt eine Einnahme von Fr. 162 075 und einen Vermögensbestand von Fr. 1 115 018.

K. Stempelabgabe

1. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag 1954	Roherträge 1954	Roherträge 1953
Stempelmarken	Fr. 1 520 000.—	Fr. 1 543 538.90	Fr. 1 542 474.80
Stempelpapier	» 165 000.—	» 170 269.30	» 154 202.95
Spielkarten	» 75 000.—	» 79 313.—	» 74 217.—
Total Rohertrag	Fr. 1 760 000.—	Fr. 1 793 121.20	Fr. 1 770 894.75
Hievon gehen ab:			
Papier- und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezüger und Verwaltungskosten	» 163 142.—	» 158 018.35	» 161 116.20
Reinertrag	Fr. 1 596 858.—	Fr. 1 635 102.85	Fr. 1 609 778.55

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 38 244.85
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 25 324.30

2. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1954	Rechnung 1954	Rechnung 1953
Rohertrag	Fr. 675 000	Fr. 902 028.50	Fr. 769 665.90
Wovon abgehen:			
Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft (siehe Konto 2000 941. 4 der Erziehungsdirektion)	» 624 200	» 692 135.76	» 664 546.50
Reinertrag	Fr. 50 800	Fr. 209 892.74	Fr. 105 119.40

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 159 092.74
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 104 773.34

Am guten Ergebnis sind die Ausstellung HOSPES und die Fussball-Weltmeisterschaften massgeblich beteiligt.

VI. Statistisches Bureau

1. Schätzung des Bevölkerungsstandes. Auf Grund der Zählung der schulpflichtigen Kinder einerseits und der Zahl der Stimmberechtigten andererseits errechneten wir wiederum den mutmasslichen Bevölkerungsstand des Kantons. Danach betrug die Gesamtbevölkerung

Jahresende	
1926	676 400
1930 Zählung	688 774
1935	724 200
1940	726 700
1941 Zählung	728 916
1945	756 800
1946	761 400
1947	786 000
1948	793 300
1949	800 400
1950 Zählung	801 943
1951	811 800
1952	825 700
1953	837 300
1954 provisorisch	845 600

Als Folge der vorhergegangenen, geburtenstarken Jahre steigen die Schülerzahlen fortwährend an. Die Zahl der Stimmberechtigten vermehrt sich bedeutend schwächer. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Ausländer immer noch zu.

2. Natürliche Bevölkerungsbewegung. Die Ergebnisse der Statistik über die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungssaldi zeigen im Kanton Bern seit dem Jahre 1927 folgende Entwicklung:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo
1927–1930	49 042	31 551	17 491	— 5 117
1931–1935	57 361	39 129	18 232	+ 17 194
1936–1940	54 612	39 836	14 776	— 12 276
1941–1945	72 614	40 605	32 009	— 1 909
1946–1950	79 327	41 166	38 161	+ 6 982
1951 . .	14 655	8 123	6 532	+ 332
1952 . .	14 829	7 969	6 860	+ 7 040
1953 . .	14 801	8 237	6 564	+ 11 600
1954 prov.	14 677	8 044	6 633	+ 1 667

Die Zahl der Lebendgeborenen hält sich immer noch auf bedeutender Höhe, diejenige der Sterbefälle unterscheidet sich nicht stark von den früheren Jahren. Der Geburtenüberschuss bleibt deshalb ähnlich demjenigen der Vorjahre.

3. Beschäftigungsgrad der Industrie und des Baugewerbes. An der Erhebung wirken im Baugewerbe rund 100, in der Industrie rund 380 Firmen, die gegen 50% des dem Fabrikgesetz unterstellten Personals beschäftigen, mit. Da die Verteilung der Berichterstatter alle Zweige und Landesgegenden berücksichtigt, dürfte sich ein zuverlässiges Bild des Beschäftigungsgrades ergeben.

Die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Branchen wird für die Berechnung des Durchschnittes gewichtet nach ihrer Bedeutung für die bernische Volkswirtschaft, und der Jahresdurchschnitt von 1944 wird gleich 100 gesetzt. Danach betrug der Beschäftigungsgrad je auf Quartalsende:

Gewerbezweige	Gewichtung	1954 Quartale I	II	III	IV	1953 IV. Quartal
Textilindustrie	6	143	144	143	142	144
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	9	123	119	116	109	120
Nahrungsmittel, Genussmittel	12	104	102	114	109	111
Chemische Industrie	2	127	137	138	139	123
Papier, Leder, Kautschuk	3	123	124	124	125	122
Graphisches Gewerbe	5	140	146	147	146	141
Holzbearbeitung	9	116	120	122	121	116
Maschinen, Apparate, Metalle	21	145	148	150	152	145
Uhren, Bijouterie	15	130	129	127	127	132
Steine und Erden	3	105	107	108	109	104
Alle Industrien, gewogen	85	128,1	129,2	130,9	129,8	129,1
Baugewerbe	15	129	159	160	116	114
Gewogener Gesamtindex	100	128,3	133,6	135,3	127,8	126,8

Der *Gesamtindex* für Industrie und Baugewerbe zusammen nahm gegenüber dem Vorquartal um 7,5 Punkte ab. Er steht jedoch einen Punkt über demjenigen des vierten Quartals 1953. Wird der Jahresdurchschnitt 1944 gleich 100 gesetzt, so ergibt sich je am Ende des vierten Quartals

1944	=	104,4
1945	=	113,1
1946	=	128,0
1947	=	130,2
1948	=	127,7
1949	=	116,1
1950	=	121,7
1951	=	130,1
1952	=	126,5
1953	=	126,8
1954	=	127,8

Der Beschäftigungsgrad ist weiterhin als gut zu bezeichnen.

4. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

	1951 Fr.	1952 Fr.	1953 (prov.) Fr.
Barleistungen . . .	22 968 647	25 059 102	27 419 760
Naturalleistungen (unbezahltes Gemeindewerk) . . .	524 257	521 884	542 741
Total Bruttoaufwand	23 492 904	25 580 986	27 962 501

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1951 Fr.	1952 Fr.	1953 (prov.) Fr.
Beiträge von Bund und Kanton . . .	1 096 666	1 334 417	1 284 205
Beiträge von andern Gemeinwesen. . .	88 979	82 619	140 780
Beiträge von Privaten	1 595 424	1 329 888	1 052 118
Nettoaufwand der Gemeinden und ihrer Unterabteilungen .	20 711 835	22 834 062	25 485 398
Total wie oben. . .	23 492 904	25 580 986	27 962 501

Der zu Lasten der Gemeinden fallende jährliche Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

Jahr	Absolut		Je Kopf der geschätzten Wohnbevölkerung
1928/1932	Fr. 10 035 440	=	Fr. 14.51
1933/1937	» 8 293 673	=	» 11.48
1938/1942	» 6 649 219	=	» 9.11
1943/1947	» 10 550 379	=	» 13.89
1948	» 18 531 637	=	» 23.36
1949	» 20 326 044	=	» 25.39
1950	Fr. 20 764 822	=	Fr. 25.89
1951	» 20 711 835	=	» 25.63
1952	» 22 834 062	=	» 27.82
1953 (prov.)	» 25 485 398	=	» 30.79

Seit 1945 ist der Aufwand der Gemeinden für den Strassen- und Brückenbau ausserordentlich stark gewachsen. Er erreichte im Jahre 1950 den 2½fachen Betrag des Jahres 1945 und war schon 1949 doppelt so gross als in der Periode 1928–1932. 1952 sowie 1953 sind die Ausgaben wiederum gestiegen.

Nach Ämtern geordnet, betrug der Aufwand der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) für die Jahre 1951, 1952 und 1953:

	1951 Fr.	1952 Fr.	1953 (prov.) Fr.
Aarberg	473 581	567 701	603 695
Aarwangen. . . .	804 182	485 650	732 156
Bern	6 359 551	6 927 532	7 623 633
Biel.	2 383 824	2 284 282	2 340 634
Büren.	342 818	402 395	635 430
Burgdorf.	650 794	730 058	700 206
Courtelary	837 492	776 768	1 186 127
Delémont	442 068	456 952	628 963
Erlach.	102 584	224 587	273 441
Franches-Montagnes .	103 117	131 854	480 979
Fraubrunnen. . .	241 764	644 996	542 144
Frutigen.	227 659	243 276	294 567
Interlaken	576 219	688 947	550 084
Konolfingen . . .	570 709	517 960	528 832
Laufen	285 777	296 256	156 658
Laupen	224 976	217 480	197 677
Moutier	1 184 960	1 637 678	1 374 520
La Neuveville . .	81 257	99 879	92 680
Nidau.	406 941	415 900	958 545
Oberhasli	213 844	243 270	224 990
Porrentruy. . . .	433 385	648 817	842 030
Saanen	70 651	87 451	105 029
Schwarzenburg . .	161 942	274 791	273 290
Seftigen	321 338	317 289	424 083
Signau	323 183	395 652	367 364
Nieder-Simmental.	236 120	213 585	219 546
Ober-Simmental .	72 716	113 333	56 663
Thun	1 933 972	2 050 528	2 376 470
Trachselwald. . .	275 596	340 108	348 631
Wangen	368 815	399 087	346 331
Total	20 711 835	22 834 062	25 485 398

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton Bern ist zu oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons hinzuzuzählen. Die Zahlen der früheren Jahre sind in den Staatsverwaltungsberichten zu finden.

5. Die Erhebung über die Wohnungsproduktion wurde weitergeführt. Nach den Ergebnissen des Stichtages vom 25. März zeigten sich bei den fertiggestellten und den im Bau befindlichen, sowie bei den leerstehenden Wohnungen folgende Zahlen:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen	im Bau befindliche Wohnungen	leerstehende Wohnungen Total	davon bereits vermietet
1945	2638	1310	326	105
1946	3344	.	.	.
1947	4042	3225	236	96
1948	4711	3546	275	123
1949	3792	2164	338	114
1950	4719	2943	554	207
1951	4749	2994	1035	371
1952	3988	2317	892	274
1953	3965	2198	583	171
1954	5096 [1])	3165	784	263
Jan./März 1955	753 [1])	3937 [1])	988 [1])	248 [1])

Zur Beurteilung des Wohnungsbedarfes geben wir nachstehend eine Aufstellung über die Veränderung im Bestand der Ehen. Im allgemeinen bedarf es heute auf 100 bestehende Ehen 125 Wohnungen. Danach zeigen Bedarf und Produktion an Wohnungen folgende Entwicklung:

Jahr	Vermehrung der Ehen	Zunahme des Wohnungsbedarfes	Festgestellte Wohnungsproduktion	Überdeckung der Bedarfsvermehrung
1945 . . .	2 560	3 200	2 638	— 562
1946 . . .	3 040	3 800	3 344	— 456
1947 . . .	3 060	3 825	4 042	217
1948 . . .	2 880	3 600	4 711	1111
1949 . . .	2 550	3 190	3 792	602
1950 . . .	2 640	3 300	4 719	1419
1951 . . .	2 470	3 100	4 749	1649
1952 . . .	2 560	3 200	3 988	788
1953 . . .	2 570	3 210	3 965	755
1954 (prov.)	2 277	2 850	5 096	2246
	26 607	33 275	41 044	7767

6. Weinernteerhebung 1954. Diese jährlich vorgenommene Erhebung in den weinbauenden Gemeinden wird entsprechend den Bedürfnissen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes durchgeführt. Die Zahl der Rebenbesitzer betrug 1203, und das Rebareal umfasste 273,27 ha. Der Geldwert der Weinernte war im Vorjahr Fr. 2 090 865 und wurde für 1954 auf Franken 1 342 990 geschätzt, wozu noch der mit Fr. 7980 gemeldete Erlös für Tafeltrauben kommt.

Die Weinernteerhebung ist seit 1928 alljährlich nach gleicher Methode durchgeführt worden. Für die Jahre 1928 bis 1947 sind die Ergebnisse im Staatsverwaltungsbericht, Seite 232, für die Beobachtungsjahre einzeln aufgeführt. Die nachfolgende Tabelle charakterisiert die allgemeine Entwicklung:

	Erntejahre 1930	1940	1950	1954	Durchschnitt 1928-1954
Zahl der Rebbesitzer .	1 304	1 285	1 413	1 203	1 277
Anbaufläche in ha .	288,4	296,3	284,6	273,3	290,2
Weinertrag in hl . . .	17 277	6 858	14 951	12 566	15 503
Geldwert der Ernte per ha, Fr.	4 817	2 608	6 204	5 172	5 875
Durchschnittliche Kulturkosten per ha, Fr. .	2 640	2 522	6 184	7 149	3 912

[1]) Provisorisches Ergebnis.

Bei Abschluss des Berichtes fehlten noch die Rapporte von 4 Gemeinden. Für diese wurden die im Vorjahr (Ende März 1954) gemeldeten Zahlen eingerechnet, nämlich:

1953 erstellte Wohnungen	31
Januar/März 1954 neuerstellte Wohnungen	16
Im März 1954 im Bau befindlich	9
Im März 1954 leerstehende	16
Davon bereits vermietet.	15

7. Viehzählungen. Am 21. April 1954 fand eine eidgenössische repräsentative Viehzählung statt. Sie dient zur Beurteilung der Produktionsbewegung und ergab für den Kanton Bern folgende Bestände, die wir mit dem Vorjahr und den Ergebnissen der Vollzählung von 1951 vergleichen:

	1951 Stück	1953 Stück	1954 Stück
Pferde.	43 155	42 500	41 000
Rindvieh	343 527	352 255	343 200
davon Kühe . . .	179 144	180 090	178 780
Schweine	179 671	196 880	184 795
Hühner	1 280 830	.	.

Am 20. November 1954 wurde in den repräsentativen Gemeinden die Zählung der Schweine wiederholt.

8. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe der staatlichen Anstalten des Kantons Bern. Die 1929 begonnene Untersuchung über die Veränderung der Lage in der Landwirtschaft anhand der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft der bernischen Staatsbetriebe wurde weitergeführt. Die Resultate werden zusammenfassend für die abgelaufenen 26 Jahre in einer Sonderpublikation veröffentlicht. Wir beschränken uns deshalb darauf, die Tabellen der früheren Berichte mit den Ergebnissen des Jahres 1954 kommentarlos zu ergänzen und wiederzugeben.

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha Total	davon Wald
1929/30 . .	19	2424	84
1931/35 . .	19	2472	88
1936/40 . .	19	2520	96
1941/45 . .	19	2577	134
1946/49 . .	20	2645	150
1950 . . .	20	2724	147
1951 . . .	20	2732	147
1952 . . .	20	2681	136
1953 . . .	21	2705	131
1954 . . .	21	2702	130

b) Inventarwerte des Pächterkapitals

Diese betrugen für alle Staatsbetriebe zusammengefasst je per 31. Dezember:

Jahr	absolut Fr.	je ha mit Wald Fr.
1941	3 154 806	1244
1951	4 838 510	1771
1952	4 946 597	1845
1953	4 999 942	1849
1954	5 086 407	1883

c) Erträge, Aufwand und «Überschuss»

Die Staatsbetriebe lieferten folgende Ergebnisse je Jahr:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss“ Fr.	Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss“ Fr.
	aa) absolut:				*bb)* je Hektar Kulturfläche:		
1929/30 . .	2 849 703	1 995 447	854 256	1929/30. .	1176	823	353
1931/35 . .	2 338 911	1 945 259	393 652	1931/35. .	946	787	159
1936/40. .	2 639 123	1 966 090	673 033	1936/40. .	1047	780	267
1941/51. .	4 798 310	3 180 693	1 617 617	1941/51. .	1822	1203	619
1952 . . .	5 529 335	4 686 107	843 228	1952 . . .	2063	1748	315
1953 . . .	5 591 992	4 910 980	681 012	1953 . . .	2068	1816	252
1954 . . .	6 032 605	4 992 834	1 039 771	1954 . . .	2233	1848	385

Die Endroherträge der einzelnen Betriebszweige betrugen:

Jahr	Rindviehhaltung Tiere Fr.	Rindviehhaltung Milch Fr.	Schweinehaltung Fr.	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.) Fr.	Landwirtschaftliche Produkte Fr.	Verschiedenes Fr.
			aa) absolut:			
1929/30	372 051	627 924	500 349	49 226	1 141 242	158 911
1931/35	194 971	593 960	314 893	50 579	1 015 346	169 162
1936/40	327 217	563 999	339 814	78 411	1 172 142	157 540
1941/51	651 136	807 326	635 246	200 669	2 399 017	104 916
1952	645 463	1 167 048	808 589	201 396	2 463 227	243 612
1953	757 367	1 216 195	811 610	192 585	2 304 820	309 415
1954	782 542	1 265 184	980 279	210 267	2 444 776	349 557
			bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30	154	259	206	20	471	66
1931/35	79	240	127	21	411	68
1936/40	130	224	135	31	465	62
1941/51	246	306	240	77	914	39
1952	241	435	302	75	919	91
1953	280	450	300	71	852	115
1954	290	468	363	78	905	129

Für die einzelnen Aufwandsgruppen wurden folgende Beträge je Jahr aufgewendet:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäudeunterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Düngemittel Fr.	Sämereien Fr.	Futtermittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
			aa) absolut:				
1929/30	354 485	34 035	194 747	121 476	72 017	351 048	249 012
1931/35	360 280	23 812	166 084	91 879	68 395	329 219	245 457
1936/40	365 514	17 645	141 942	95 187	100 919	365 403	243 390
1941/51	382 541	83 451	335 264	193 620	202 175	475 044	323 966
1952	337 677	182 102	354 947	204 023	168 148	724 786	621 049
1953	344 174	210 225	340 943	234 928	209 323	779 201	630 857
1954	345 273	200 576	384 174	216 346	213 459	731 005	718 535
			bb) je Hektar Kulturfläche:				
1929/30	146	14	81	50	30	144	103
1931/35	146	10	67	37	28	133	99
1936/40	145	7	56	38	40	145	97
1941/51	145	31	128	74	77	179	122
1952	126	68	132	76	63	270	232
1953	127	78	126	87	77	288	234
1954	128	74	142	80	79	271	266

c) Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung. In den untersuchten Betrieben verteilt sich das volkswirtschaftliche Einkommen auf:

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne Fr.	den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit Fr.	Total volkswirtschaftliches Einkommen Fr.
	aa) absolut:		
1929/30. .	618 627	1 208 741	1 827 368
1931/35. .	660 133	753 932	1 414 065
1936/40. .	636 090	1 038 547	1 674 637
1941/51. .	1 184 632	2 000 158	3 184 790
1952 . . .	2 093 375	1 180 905	3 274 280
1953 . . .	2 161 329	1 025 186	3 186 515
1954 . . .	2 183 466	1 385 044	3 568 510

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne Fr.	den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit Fr.	Total volkswirtschaftliches Einkommen Fr.
bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30 . .	255	499	754
1931/35 . .	267	305	572
1936/40 . .	252	412	664
1941/51 . .	447	764	1211
1952 . . .	781	441	1222
1953 . . .	799	379	1178
1954 . . .	808	513	1321

Der Ertragsanteil des Staates (Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit = sogenanntes landwirtschaftliches Einkommen) umgerechnet mit dem Lebenskostenindex ergab je Hektar Kulturfläche:

Jahr	nominell Fr.	Lebenskostenindex	Realwert, gemessen mit dem Lebenskostenindex Fr.	
1929/30 . .	499	100	499	100
1931/35 . .	305	85	358	71,7
1936/40 . .	412	87	473	94,8
1941/51 . .	764	131	583	116,8
1952 . . .	441	148	298	59,7
1953 . . .	377	147	256	51,3
1954 . . .	513	148	347	69,5

Die Ergebnisse haben gegenüber dem Vorjahr eine erfreuliche Besserung erfahren. Rein nominell steht das Endergebnis auf dem gleichen Stand wie in der Periode 1929/30. Weil aber die Kosten der Lebenshaltung seither sich stark verändert haben, bleibt immerhin ein Realwertverlust von rund 30%.

Obschon die Durchschnittszahlen sich schon bei einer beschränkten Anzahl Betriebe ausgleichen, zeigen die Einzelergebnisse eine grosse Streubreite. Dieser Umstand ist bei den Folgerungen vom Durchschnitt auf den Einzelbetrieb zu beachten. Es wiesen die Staatsbetriebe folgende Einzelergebnisse auf:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha Fr.	Zahl der Betriebe 1950	1952	1953	1954
Bis 600	3	1	3	1
601– 900	5	5	2	6
901–1200	2	1	5	2
1201–1500	4	7	4	3
1501–1800	5	4	3	3
Über 1800	1	2	4	6
Total	20	20	21	21

9. Statistik der Steueranlagen. Wiederum wurde die jährliche Übersicht über die von den Gemeinden pro 1954 beschlossenen Steueranlagen ausgearbeitet. Das Ergebnis stellten wir bereits am 14. Oktober 1954 in einem vervielfältigten Heft den Gemeinden zu.

10. Statistik der Steuerkraft und Tragfähigkeit. In Fortsetzung früherer Arbeiten bereinigten wir die Zahlen über die Steuerkraft der Gemeinden nach Ertragsfaktor 1952. Die Gesamtsteueranlage drückt die Belastung einschliesslich der Steuern der Unterabteilungen, Kirchgemeinden und der ausserordentlichen Gemeindesteuern aus. Dem Vergleich der Gesamtsteueranlage mit der Steuerkraft entnehmen wir die Tragfähigkeit, die auf diese Weise zahlenmässig bestimmt werden kann. Am 11. November 1954 konnten wir die drei in Frage stehenden Faktoren des Steuerjahres 1952 den interessierten Verwaltungsstellen überreichen. Im gewogenen Mittel ergeben sich folgende Zahlen:

Jahr	Steuerkraft absolut Fr.	je Einwohner gemäss letzter Volkszählung Fr.	je Einwohner gemäss geschätzter Wohnbevölkerung Fr.
1945	37 557 195	51.52	49.63
1946	37 694 410	51.71	49.51
1947	46 008 664	63.12	58.54
1948	46 711 796	64.08	58.88
1949	54 484 424	74.75	68.07
1950	53 684 755	66.94	66.94
1951	55 022 481	68.61	68.09
1952	54 969 877	68.55	66.98

Jahr	Mittlere Gesamtsteueranlage	Tragfähigkeitsfaktor je Einwohner Fr.	Fr.
1945	2,41	21.38	20.59
1946	2,39	21.64	20.72
1947	2,42	26.08	24.19
1948	2,40	26.70	24.53
1949	2,37	31.54	28.72
1950	2,40	27.89	27.89
1951	2,41	28.47	28.25
1952	2,42	28.33	27.68

11. Statistik der Gemeindesteuern 1951. Alle vier Jahre werden die Steuerbezüge der Gemeinden für die Publikation bereinigt. Die letzte Veröffentlichung betraf die Verhältnisse von 1947. Die Gemeindesteuern 1951 wurden nach ihrer Art und Herkunft in Nr. 33 der «Mitteilungen» dargestellt und textlich besprochen. Dem Vergleich unter den Gemeinden dienen besonders die Tabellen über die Steuerkraft, die beschlossenen und die mittleren Steueranlagen sowie der Tragfähigkeitsfaktoren 1951.

12. Repräsentative Staatssteuerstatistik pro 1953. Im Hinblick auf die bevorstehende Teilrevision des Steuergesetzes und im Auftrag der Finanzdirektion wurde eine Steuerstatistik anhand der Deklarationen des Frühjahres 1953 unternommen. Wir entschieden uns für die stichprobenmässige Auswahl von 10% aller Zensiten in allen Gemeinden. Die Veranlagungsbehörden lieferten uns demgemäss im Herbst Steuerauszüge aus den Deklarationen von 35 223 Zensiten. Die Aufarbeitung begann im Laufe des Winters und ist noch nicht abgeschlossen.

VII. Salzhandlung

Verkaufte Salzmengen

1. Koch- und Tafelsalz	1953 kg	1954 kg	Mehr- bzw. Minderverkauf gegenüber Vorjahr kg
Unjodiert offen	2 077 800	1 910 000	— 167 800
Jodiert offen	5 995 450	5 738 350	— 257 100
Unjodiert in Kilogrammpaketen	26 200	24 650	— 1 550
Jodiert in Kilogrammpaketen	761 625	815 275	+ 53 650
Tafelsalz in Pfundpaketen	22 760	—	— 22 760 [1])
Gresil-Tafelsalz in Pfundpaketen	146 890	146 500	— 390
Total	9 030 725	8 634 775	— 395 950
2. Andere Salzarten			
Meersalz	85 950	95 150	+ 9 200
Gewerbesalz	2 583 700	2 400 700	— 183 000
Nitritpökelsalz	183 250	180 750	— 2 500
Salzsohle, ungereinigt	186 401	172 145	— 14 256
Übrige Spezialsalze	66 705	81 779	+ 15 074
Total	3 106 006	2 930 524	— 175 482

Ertrag

	1953 Fr.	1954 Fr.	Veränderung gegenüber Vorjahr Fr.
Bruttoertrag	3 030 400	2 957 686	— 72 714
Unkosten	1 804 805	1 757 320	— 47 485
Reinertrag	1 225 595	1 200 366	— 25 229

[1]) Das Tafelsalz in Pfundpaketen wurde 1954 nicht mehr geführt.

VIII. Domänenverwaltung

Der diesjährige Liegenschaftsverkehr beschränkte sich auf einige wenige, dafür aber zahlenmässig ins Gewicht fallende Handänderungen, von denen die Landverkäufe an die Stadt Bern (Bauland an der Schlossstrasse), an die Gemeinde Bolligen (Schulhausplatz) sowie der Verkauf des Pfrundgutes Bümpliz hervorzuheben sind. Ein grösserer Landkauf wurde in Zollikofen zur Arrondierung der Rüttidomäne getätigt.

Die anhaltend grosse Nachfrage nach Bauland und die damit Hand in Hand gehende ungesunde Entwicklung der Bodenpreise wirkt sich auch auf die staatlichen Domänen, insbesondere in Vorortsgemeinden von Bern (Rütti, Zollikofen, Waldau und Köniz) aus. Es wird je länger je schwieriger, deren Bestand zu behaupten oder notwendige Arrondierungen zu noch annehmbaren Bedingungen vorzunehmen. Auch auf dem Lande ist dieser Druck spürbar und macht sich dort hauptsächlich gegenüber Pfrundgütern bemerkbar. Zahlreich waren die Begehren um Abtretung von Pfrundland zu Bauzwecken.

In Fällen, wo eine Landabtretung aus öffentlichen Interessen oder andern wichtigen Gründen nicht zu umgehen ist, sichert sich der Staat entweder durch Real-

ersatz oder indem er Land nur noch im Baurecht oder unter Vorbehalt des Rückkaufsrechtes abgibt. So ist in Bellelay an die bestehende Wohnbaugenossenschaft ein Landkomplex zur Erstellung von 12 Personaleinfamilienhäusern mit dieser Sicherung abgegeben worden. In Münsingen wurde 4 Anstaltsangestellten das zur Erstellung von Einfamilienhäusern notwendige Land im Baurecht überlassen. Auch der Gemeinde Lyss wurde ein grösseres Areal (alte Aare) zur Erstellung einer Badeanlage im Baurecht zur Verfügung gestellt. In Interlaken und Aarwangen wurde den Gemeinden Staatsland für öffentliche Zwecke (Anlagen) langfristig verpachtet.

Mit einer Firma in Ostermundigen wurde ein Vertrag über die Ausbeutung eines grösseren Kiesvorkommens abgeschlossen.

Die Liegenschaftsverwaltung hatte sich auch im Berichtsjahr wiederum mit zahlreichen Verlegungen von Verwaltungsabteilungen zu befassen. In Bern konnte das zahnärztliche Institut seinen Neubau an der Freiburgstrasse beziehen, wodurch die beiden Gebäude Nrn. 12 und 14 am Kanonenweg für das Frauenspital zur Unterbringung von Krankenschwestern frei wurden. Auch die bisher vom kantonalen Haushaltungslehrerinnenseminar beanspruchten zahlreichen Mietwohnungen konnten mit dem Bezug des neuen Seminargebäudes freigegeben werden.

Nachdem die beiden Gebäude Speichergasse 14 und 16 renoviert und den neuen Bedürfnissen angepasst worden waren, konnten verschiedene Dienstzweige des kantonalen Polizeikommandos dorthin verlegt werden, wodurch die Rückverlegung des ausserordentlichen Untersuchungsrichteramtes möglich wurde. In Burgdorf konnten die Verhandlungen betreffend die Miete eines Neubaues abgeschlossen werden, und die Vorbereitungen für die vollständige Neuplacierung der Gerichts- und Steuerverwaltung sind im Gange. In Trachselwald musste für die Bezirksverwaltung wegen Umbaues des dortigen Schlosses eine provisorische Unterkunft beschafft werden. Die Gerichtsverwaltung von Interlaken konnte die neuen Lokalitäten im I. Stock beziehen und ist jetzt sehr gut untergebracht. Auch in Delsberg beschäftigte uns die Frage der bessern Unterbringung verschiedener Verwaltungsabteilungen. Ein erstes Umbauprojekt musste fallengelassen werden.

Die zahlreichen Seegrundgeschäfte bilden dauernd eine grosse Belastung, indem deren Erledigung sich gelegentlich auf lange Zeit erstreckt. So sind Verhandlungen über die Schaffung eines Reservates in Mörigen im Gang. Verschiedene Seeuferbereinigungen in Twann und insbesondere die geplante Erstellung der Doppelspur der SBB verursachen eine starke Belebung dieser Geschäfte. Am Wohlensee ist eine neue grosse Auflandung der BKW in Angriff genommen worden, die eine wesentliche Veränderung der Uferlinie und damit der Eigentümerverhältnisse bedingt.

Der Ertrag der Gléresse-Reben blieb wesentlich hinter dem des Vorjahres zurück. Waren es im Jahre 1953 rund 50 Zuber, so ergab die diesjährige Ernte bei recht guter Qualität einen Ertrag von nur 20 Zubern. Der Ausfall ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass im letzten Jahr wieder ein Teil des Weinberges neu bepflanzt werden musste.

Über die zahlenmässigen Auswirkungen der verschiedenen Handänderungen geben die nachfolgenden Übersichten Auskunft:

A. Ankäufe

1. Amt Bern. Zum Zwecke der Arrondierung der Domäne der Landwirtschaftlichen Schule Rütti ist von Theodor Mäder in Biel eine auf dem «Hübeli» in Zollikofen gelegene Parzelle Kulturland im Halte von 79,70 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 5260 zum Preise von Fr. 199 250 angekauft worden.

2. Amt Erlach. Als Realersatz für die vom Pfrundgut Erlach als Bauplatz für das neue Amthaus beanspruchte Hofstatt trat die Gemeinde dem Staat eine Rebparzelle von 27,76 a unentgeltlich ab.

B. Verkäufe

1. Amt Bern. Mit Kaufvertrag vom 6. November 1943 und Nachtrag vom 2. Juli 1945 erwarb der Staat von der Einwohnergemeinde Bern für einen allfälligen Amthausneubau 2 Landparzellen von zusammen 334,92 a an der Schloßstrasse in Holligen-Bern. Die Gemeinde Bern machte nun das in diesem Kaufvertrag vorbehaltene Rückkaufsrecht an diesen Parzellen geltend, so dass wir genötigt waren, ihr das Terrain zum Erwerbspreis von Fr. 1 330 000 wieder abzutreten.

In Bümpliz ist das staatliche Pfarrhaus mit einem Umschwung von 57,02 a und einem amtlichen Wert von Fr. 80 200 an die Firma Yvlo AG. Bern zum Preise von Fr. 313 345 verkauft worden; die Erwerberin verpflichtete sich, auf der dem Staate verbliebenen Restparzelle ein neues Pfarrhaus zu erstellen. Zu diesem Zwecke ist vom bezahlten Verkaufspreis ein Betrag von Franken 125 000, d.i. der voraussichtliche Erstellungspreis des Pfarrhauses, in Reserve gestellt worden.

Der Einwohnergemeinde Bolligen ist für den Bau eines neuen Sekundarschulhauses vom Rörswilgut der Anstalt Waldau eine Bauparzelle von 185 a abgetreten worden. Realersatz konnte von der Gemeinde nicht gestellt werden. Der Kaufpreis wurde mit Rücksicht auf die Zweckbestimmung des Landes auf Fr. 15 pro m² festgesetzt und betrug für die ganze Parzelle Fr. 277 500. Amtlicher Wert Fr. 18 580.

2. Amt Burgdorf. Für eine Korrektion der Staatsstrasse im Dorf Krauchthal musste die dortige Einwohnergemeinde von einer Parzelle der Anstalt Thorberg 206 m² Land erwerben, und sie entrichtete uns hiefür eine Entschädigung von Fr. 206.

3. Amt Erlach. Der Einwohnergemeinde Erlach wurde nach Fertigstellung des neuen Amthauses das alte Amthausgebäude mit einem amtlichen Wert von Franken 40 700 zum Preise von Fr. 30 000 verkauft.

4. Amt Fraubrunnen. Vom Pfrundgut Utzenstorf ist der dortigen Einwohnergemeinde für die Erstellung eines Weges ein Stück Land von 498 m² zum Preise von Fr. 1992 verkauft worden. Die Gemeinde entrichtete ferner Fr. 300 für einen auf diesem Landabschnitt stehenden Obstbaum.

5. Amt Interlaken. Für die Erstellung eines Gehweges sind der Einwohnergemeinde Interlaken von der dortigen Schlossdomäne 20 m² Terrain gratis abgetreten worden.

In Unterseen wurde das seinerzeit von H. Ninaud erworbene, auf dem Gebiete des Naturschutzreservates

Weissenau stehende Ferienhäuschen auf Abbruch zum Preise von Fr. 2000 an W. Kaufmann in Interlaken veräussert.

6. Amt Konolfingen. In Münsingen mussten für die stattgefundene Korrektion der Staatsstrasse von der Domäne der Landwirtschaftlichen Schule Schwand 31,76 a Land zur Verfügung gestellt werden, und die Einwohnergemeinde zahlte hiefür Fr. 3176.

7. Amt Münster. Von der Domäne der Heil- und Pflegeanstalt Bellelay sind für die Erstellung von Eigenheimen an 12 Angestellte der Anstalt 12 Bauparzellen von zusammen 101,42 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 2020 zum Preise von Fr. 10 142 verkauft worden.

8. Amt Nidau. Der Einwohnergemeinde Nidau ist das dortige Pfarrhaus, welches sich infolge seiner lärmigen Lage nicht mehr als solches eignete, zum Preise von Fr. 110 000 verkauft worden. Der Kaufpreis wurde der Kirchgemeinde zwecks Erstellung eines neuen Pfarrhauses als Loskaufssumme für die Wohnungsentschädigungspflicht überlassen.

9. Amt Signau. Zur Erstellung einer Transformerstation beim Pfarrhaus Röthenbach ist der Bernischen Kraftwerke AG. das zum Pfrundgut gehörende Waschhaus zum Preise von Fr. 4500 verkauft worden. Als Ersatz ist der Pfarrfamilie im Pfarrhaus eine Waschküche eingerichtet worden.

C. Abtausche

1. Amt Bern. Von der Domäne der Landwirtschaftlichen Schule Rütti in Zollikofen sind an Walter Feller 117 m² Land gegen 78 m² wertgleich abgetauscht worden.

2. Amt Erlach. In Gals tauschte die Anstalt St. Johannsen an Frau Rosa Rufer von einer ihrer Parzellen ein Teilstück von 36 a gegen eine Parzelle von 25,75 a wertgleich ab.

3. Amt Interlaken. Dem Hans Uetz in Grindelwald wurde vom dortigen Pfrundgut ein Terrainabschnitt von 158 m² gegen einen solchen von ebenfalls 158 m² wertgleich abgetauscht.

4. Amt Konolfingen. Mit W. Häfliger, A. Bay und F. Leu in Münsingen fand ein Abtausch statt, indem der Staat von seinem dortigen Lorygut zwei Abschnitte von zusammen 44,58 a Land abtrat, dagegen eine Parzelle von 44 a erhielt. Für den Mehrwert der abgetretenen Abschnitte erhielt der Staat eine Entschädigung von Fr. 3528.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Bern	3 [1]	2	25	03 [1]	60 210.— [1]	199 250.—
Erlach	—	—	53	51	2 860.—	—
Interlaken	—	—	1	58	70.—	—
Konolfingen	—	—	44	—	6 800.—	—
	3	3	24	12	69 940.—	199 250.—

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Bern	2	5	78	11	333 530.—	1 920 845.—
Burgdorf	—	—	2	06	60.—	206.—
Erlach	1	—	40	78	41 740.—	30 000.—
Fraubrunnen	—	—	4	98	700.—	2 292.—
Interlaken	—	—	1	78	6 210.—	2 000.—
Konolfingen	—	—	76	64	6 090.—	7 060.—
Münster	—	1	1	42	2 020.—	10 142.—
Nidau	1	—	14	79	61 600.—	—
Signau	1	—	1	6	3 110.—	4 500.—
	5	8	21	62	455 060.—	1 977 045.—

[1]) inkl. Liegenschaft Morgenthaler, Zollikofen, laut Verwaltungsbericht 1953.

Seegrund- und Flussbettverkäufe

		m²		Kaufpreis Fr.
Brienzersee:	Niederried	8	an F. Bossert, Interlaken	32.—
Thunersee:	Därligen	207	an Verschiedene	540.—
	Faulensee	119	an Einwohnergemeinde Spiez	—
	Leissigen	360	an Gips-Union AG., Leissigen	1080.—
	Merligen	17	an F. Frey, Notar, Bern	65.—
	Sundlauenen	20	an Frl. M. Knechtli, Bern	100.—
Wohlensee:	Wohlen	4607	an Verschiedene (Auflandungsterrain)	460.70
Aare:	Thun	405	an Einwohnergemeinde Thun	405.—
		5743		2682.70

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.
Stand der Domänen am 31. Dezember 1953	3378	87	23	104 057 574.—
a) Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche gem. Aufstellung	3	24	12	69 940.—
b) Zuwachs durch ordentliche Berichtigungen	—	51	37	1 290 450.—
	3382	62	72	105 417 964.—
Verminderung im Jahre 1954:				
a) durch Verkäufe und Abtausche gemäss Aufstellung	8	21	62	455 060.—
b) durch Berichtigungen infolge ordentlicher Schatzungsveränderungen	8	29	57	108 850.—
Bestand der Domänen am 31. Dezember 1954	3366	11	53	104 854 054.—

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf	Fr.	345 682.32
Im Voranschlag waren vorgesehen	»	342 388.—
Mehrertrag gegenüber Voranschlag	Fr.	3 294.32

Dieser Mehrertrag ergibt sich aus:

Mehreinnahmen	Fr.	20 440.20
./. Mehrausgaben	»	17 145.88
	Fr.	3 294.32

IX. Kantonalbank

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1954 aus folgenden Buchungen zusammen:

Ertrag an Zinsen, netto (einschliesslich 3 % Zins auf dem durchschnittlichen Wertschriftenbestand)				Fr. 9 649 052.72
Kommissionen, netto				» 1 639 984.64
Ertrag des Wechselportefeuilles				» 1 956 003.02
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen				» 442 229.07
Ertrag der Liegenschaften				» 335 702.75
Verschiedenes				» 417 906.83
				Fr. 14 440 879.03
Wovon abgehen:				
Verwaltungskosten			Fr. 9 813 010.22	
Steuern und Abgaben			» 1 003 938.29	
Verluste und Abschreibungen:				
Verluste auf Wechseln	Fr.	9 393.15		
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	»	31 774.05		
Abschreibungen auf Mobiliar	»	119 033.70		
Abschreibungen auf Bankgebäuden	»	104 200.—		
Rückstellungen für besondere Risiken	»	194 570.—		
	Fr.	458 970.90		
Abzüglich Wiedereingänge	»	31 260.25		
			» 427 710.65	
				» 11 244 659.16
			Jahreserträgnis	Fr. 3 196 219.87
Verwendung:				
1. 4½ % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40 000 000			Fr. 1 800 000.—	
2. Zuweisung an den Reservefonds			» 200 000.—	
3. Zuweisung an den Baufonds			» 200 000.—	
4. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken			» 996 219.87	
				Fr. 3 196 219.87

X. Hypothekarkasse

Wie in frühern Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse wird sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ertrag:	Saldovortrag vom Jahre 1953	Fr.	6 901.24
	Hypothekaranlagen	»	19 195 907.79
	Konto-Korrent-Debitoren mit Deckung	»	35 212.55
	Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung	»	77 788.95
	Konto-Korrent-Guthaben und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften	»	1 178 555.82
	Bankendebitoren	»	49 802.85
	Ertrag der Provisionen	»	35 010.77
	Zinsertrag der Wertschriften, Kursgewinne und Kommissionen	»	1 730 602.30
	Ertrag der Liegenschaften	»	135 549.15
		Fr.	22 445 331.42

Aufwand:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr.	2 491 850.05		
	Verzinsung der Pfandbriefdarlehen	»	1 208 387.50		
	Kassenscheine und Obligationen	»	1 421 830.35		
	Spareinlagen	»	3 287 134.55		
	Spezialfonds	»	9 839 008.52		
	Depositen in Konto-Korrent	»	190 444.66		
	Kreditoren auf Sicht	»	29 503.35		
	Kommissionen	»	24 610.63		
				»	18 492 769.61
				Fr.	3 952 561.81
wovon abgehen:					
	Verwaltungskosten	Fr.	960 191.87		
	Steuern und Abgaben	»	906 062.80		
	Beiträge	»	5 700.—		
	Abschreibung auf Mobiliar	»	9 319.35		
				»	1 881 274.02
			Reinertrag	Fr.	2 071 287.79

Verwendung:

1. 4½% Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 30 000 000	Fr.	1 350 000.—
2. Zuweisung an den Reservefonds	»	400 000.—
3. Zuweisung an die Spezialreserve	»	250 000.—
4. Zuweisung an die Reserve für Maschinenerneuerung	»	60 000.—
5. Vortrag auf neue Rechnung	»	11 287.79
	Fr.	2 071 287.79

XI. Bernische Kraftwerke

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke AG. weist für 1954 folgende Hauptposten auf:

Haben:	Saldovortrag vom Jahre 1953		Fr. 160 646.05
	Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft		» 14 136 141.95
	Ertrag aus dem Installationsgeschäft		» 408 816.35
	Ertrag der Beteiligungen und Wertschriften		» 508 275.90
	Überschuss der Aktivzinse		» 86 895.55
	Summa Rohertrag		Fr. 15 300 775.80
Soll:	Steuern, Abgaben und Schwellenlasten	» 3 351 671.05	
	Abschreibungen	» 6 954 740.95	
	Einlage in den Tilgungsfonds	» 700 000.—	
	Einlage in den Erneuerungsfonds	» 650 000.—	
			» 11 656 412.—
	Bleibt ein Reingewinn von		Fr. 3 644 363.80

Verwendung:

Zuweisung an den allgemeinen Reservefonds	Fr. 50 000.—
Zuweisung an den Spezial-Reservefonds	» 350 000.—
$5^1/_2$% Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56 000 000	» 3 080 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	» 164 363.80
	Fr. 3 644 363.80

Der Energieumsatz stieg im Berichtsjahr auf 1 605 583 418 kWh gegenüber 1 586 016 531 kWh im Vorjahr, was einer Zunahme von 1,2% entspricht.

Auf die einzelnen Abnehmerkategorien verteilt, gestaltet sich die Energieabnahme in kWh wie folgt:

	1953	1954
Allgemeines Licht- und Kraftnetz	869 479 893	943 652 296
Normalbahnen	80 373 913	84 041 532
Schweizerische Elektrizitätswerke	432 906 544	442 408 900
Ausländische Elektrizitätswerke	34 825 000	20 265 000
Elektrochem. und elektrothermische Betriebe	168 431 181	115 215 690
Total	1 586 016 531	1 605 583 418

Der gesamte Energiebedarf wurde wie folgt gedeckt:

	kWh	%
Eigenproduktion	493 601 600	30,7
Bezug von KWO	427 429 201	26,6
Bezug von den übrigen Partnerwerken (Maggia)	53 656 700	3,4
Fremdenergiebezug	630 895 917	39,3
Total	1 605 583 418	100

Die Einnahmen aus dem Energielieferungsgeschäft sind von Fr. 56 433 663.50 im Vorjahr auf Franken 60 174 435.15 gestiegen. Die Ausgaben haben sich von Fr. 42 535 690.40 im Vorjahr auf Fr. 46 038 293.20 erhöht, was hauptsächlich auf den vermehrten Ankauf von Fremdenergie zurückzuführen ist. Der Bruttoertrag des Energielieferungsgeschäftes ist von Fr. 13 897 973.10 im Vorjahr auf Fr. 14 136 141.95 gestiegen.

Das Installationsgeschäft verzeigt bei Franken 13 385 533.65 (Fr. 13 489 948.85 im Vorjahr) Einnahmen und Fr. 12 976 717.30 (Fr. 13 094 136.50 im Vorjahr) Ausgaben einen Bruttoertrag von Fr. 408 816.35 (Fr. 395 812.35 im Vorjahr).

Die Abschreibungen auf den Kraftwerken, Leitungen, Stationen und Verteilanlagen, Verwaltungsgebäuden und anderen Liegenschaften, Mobilien, Werkzeugen und Instrumenten betragen Fr. 6 954 740.95 gegen Fr. 6 947 317.25 im Vorjahr. Die Einlagen in den Tilgungsfonds mit Fr. 700 000 und in den Erneuerungsfonds mit Fr. 650 000 sind unverändert geblieben.

Bern, den 18. Mai 1955.

Der Finanzdirektor:
Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 21. Juni 1955.

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider**